

Bericht der Justiz- und Sicherheitskommission an den Landrat

betreffend Weiterentwicklung des Ereignismanagements auf dem Hochleistungsstrassen- netz I

2016/199

vom 19. September 2018

1. Ausgangslage

Landrat Christoph Buser bemängelt in seinem Postulat, dass «die Räumung von Unfallstellen auf den Hochleistungsstrassen im Vergleich zu anderen Kantonen relativ viel Zeit in Anspruch» nehme. Es stelle sich die Frage, ob die Zeitdauer für Unfallaufnahme und Bergung «bei Unfällen ohne Personenschäden nicht massiv gesenkt werden könnte». Das Ziel müsse es sein, «möglichst zügig möglichst viel Verkehrsfläche zur Gewährleistung des Verkehrsflusses freizugeben». In diesem Sinne nennt der Postulant einige Möglichkeiten (z.B. Bergung aus der Luft) und führt auch ein Pilot-Projekt des Bundesamts für Strassen (Astra) in Zusammenarbeit mit dem Kanton Aargau an, an dem sich der Kanton Basel-Landschaft beteiligen (oder ein eigenes Projekt lancieren) solle.

Der Regierungsrat verweist in seinen Ausführungen auf die Folgen der allgemeinen Verkehrszunahme und betont, «dass das Bestmögliche unternommen werden muss, um blockierte Verkehrsflächen (...) möglichst rasch wieder freigeben zu können». Die Vorgabe im Leistungsauftrag der Polizei, wonach die Fahrbahn von Hochleistungsstrassen bei 80 Prozent der Verkehrsunfälle innert einer Stunde geräumt sein müsse, werde annähernd erreicht. Der Wunsch hingegen, diese Zeitvorgabe bei Unfällen ohne Personenschaden massiv zu senken, sei «zwar verständlich, aber wenig realistisch», weil alleine schon die Anfahrtszeit von Polizei und Abschleppdiensten «erheblich Zeit in Anspruch» nehmen könne. Der Kanton Basel-Landschaft, so wird aber betont, sei entgegen anderslautenden Medienberichten bei der Räumung «gleich schnell wie andere Kantone». Dargelegt werden schliesslich die eigenen und die kantonsübergreifenden Bemühungen zur Ereignisbewältigung. Die Polizei Basel-Landschaft, so heisst es, ist bereits aktiv am Astra-Projekt «Schnelle Räumung von Bagatellunfällen auf Nationalstrassen» beteiligt und will die daraus resultierenden Empfehlungen prüfen und bestmöglich umsetzen.

Der Regierungsrat beantragt die Abschreibung des Postulats.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen. Ergänzend sei zudem auf die [Beantwortung](#) der Interpellation hingewiesen, welche den gleichen Titel wie das vorliegende Postulat, aber die Folge-Nummer II trägt.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Kommission hat die Vorlage am 4. Juni 2018 beraten, dies in Anwesenheit von Sicherheitsdirektor Isaac Reber und SID-Generalsekretär Stephan Mathis. Stephanie Eymann, Leiterin der Hauptabteilung Verkehrssicherheit der Polizei Basel-Landschaft, stellte die Vorlage vor.

2.2. Eintreten

Eintreten war unbestritten.

2.3. Detailberatung

Die Kommission liess sich von der Leiterin der Verkehrspolizei über die neuesten Projekte für eine schnellere Bearbeitung von Unfällen informieren. So sind zukunftsweisende Tests mit Drohnen- bzw. 3D-Kameras zur Unfallaufnahme im Gang, welche die Bewältigung dieser Ereignisse wesentlich vereinfachen und damit auch beschleunigen dürften. Zugleich hat die Polizei beim Astra beantragt, die Video-Überwachung des Strassennetzes auszudehnen – etwa bei der Verzweigung Augst –, womit Teile der Unfallbearbeitung quasi automatisiert erfolgen würden.

In der Kommission wurde lobend anerkannt, dass die Polizei inzwischen stark auf die Thematik fokussiert ist, Verbesserungsmöglichkeiten aktiv angeht und bereits auch Fortschritte spürbar sind – dies im Wissen, dass diese Massnahmen nichts daran ändern können, dass das heutige Strassennetz die Verkehrsentwicklung nicht mehr absorbieren kann. Grundsätzlich aber gelte es, so ein Votum, die Verhältnismässigkeit im Auge zu behalten: Ein Unfall mit einem vergleichsweise kleinen Versicherungsschaden dürfe nicht zu einer ungebührlich langen Stausituation für unzählige Automobilisten führen. Weiter wurde diskutiert, dass die Bergung von Fahrzeugen mit neuen Antriebsformen (z.B. Batteriebetrieb) die Einsatzkräfte vor bislang ungelöste Probleme stelle, womit absehbar sei, dass die Räumung von Unfallstellen künftig eher mehr Zeit in Anspruch nehmen werde. Hingewiesen wurde aber auch darauf, dass ein hoher Anteil des Verkehrsaufkommens volkswirtschaftlich betrachtet nicht nötig sei.

Die Kommission hat Sicherheitsdirektion und Polizei gebeten, ihr zu gegebener Zeit weitere Informationen über die Vorkehrungen für eine beschleunigte Räumung von Unfallstellen zu geben. Damit will sie die Behörden motivieren, ihre Anstrengungen – über den bereits geleisteten Effort hinaus – weiter zu führen und zu intensivieren. Die Abschreibung des Postulats erfolgte einstimmig.

3. Beschluss der Kommission

Die Kommission beschliesst mit 11:0 Stimmen:

://: Das Postulat 2016/199 wird abgeschrieben.

19.09.2018 / gs

Justiz- und Sicherheitskommission

Andreas Dürr

Beilagen

keine

Landratsbeschluss

betreffend Weiterentwicklung des Ereignismanagements auf dem Hochleistungsstrassen- netz I

vom

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

- 1.
- 2.

Liestal,

Im Namen des Landrates

Die Präsidentin:

Der Landschreiber: